



Fraktion im Stadtrat Weißenfels

E-Mail: info@spd-weissenfels.de

Internet: www.spd-weissenfels.de

Weißenfels, 30.05.2016

Antrag der SPD Fraktion im Stadtrat Weißenfels

Hier: Vorgärten Geibelstraße, u.a. Aussetzung der Vollziehung der Mietverträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

hiermit beantragt die SPD-Fraktion, folgenden Antrag zur Abstimmung in der nächstmöglichen Sitzung des Rates zu einzubringen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, es zu unterlassen, Mietvertragsangebote o.ä. Verträge den Anwohnern der Geibelstraße bezgl. der Vorgartengrundstücke zu unterbreiten und zu vollziehen, bis der Stadtrat entsprechend TOP 15 der Sitzung des Stadtrates vom 31.03.2016 informiert und die Eigentumslage geklärt wurde.

Begründung

Zur Sitzung des Stadtrates vom 31.03.2016 wurde der SPD Antrag auf einen unentgeltlichen Nutzungsvertrag für die Vorgartengrundstücke der Geibelstraße zurückgezogen. Dies erfolgte unter Maßgabe, dass die bereits dort bekannten Fragen u.a. bezgl. der Eigentumssituation zu klären sind.

Daraufhin verpflichtete sich der Oberbürgermeister: Auszug Sitzungsniederschrift vom 31.03.2016: „*dass das von mehreren Stadträten geäußerte Anliegen als Auftrag entgegengenommen werde. Gleichzeitig werde die Gesamtsituation rund um die Grundstücke (Erschließung, Befahrbarkeit etc.) nochmals geprüft und dem Stadtrat vorgestellt.*“

Eine solche Unterrichtung des Stadtrates hat bis heute nicht stattgefunden.

Trotzdem wurde den Eigentümern der betroffenen Häuser/Grundstücke ein neuer Mietvertragesentwurf für die Gartengrundstücke zugesandt. Im Anschreiben heißt es:

Wenn Sie den Vertrag nicht unterschrieben an die Stadt Weißenfels, Abteilung Liegenschaften, zurücksenden, gehe ich davon aus, dass Sie an einer künftigen Nutzung durch Betreten, Gartenpflege, Bepflanzung, Abstellen von Mülltonnen oder Fahrrädern Ihres Vorgartens nicht interessiert sind und die Nutzung tatsächlich auch unterlassen. Ich würde dies ausdrücklich bedauern, bedeutete dies doch in der Konsequenz, dass Ihre Bebauung/Bepflanzung zurückgebaut werden müsste. Dies dürfte in der Mehrzahl der Fälle nicht nur schlicht unmöglich sein (z.B. Treppenanlagen) und weder Ihren noch den Interessen der Stadt entsprechen.

Es entsteht hier der Eindruck, dass durch das Umgehen des Stadtrates und die Einschüchterung der Betroffenen (Rückbauandrohungen usw.) schnellstmöglich Fakten geschaffen werden sollen, um sich so den entsprechenden demokratischen Kontrollgremien zu entziehen.

Die Eigentumssituation ist weiter fragwürdig und wurde nicht besprochen. Die Betroffenen sind derzeit



Fraktion im Stadtrat Weißenfels

E-Mail: info@spd-weissenfels.de

Internet: www.spd-weissenfels.de

selbst dabei, bei den zuständigen Behörden (z.B. Landesamt für Geoinformation) die Klärung zur Eigentumsituation und die geschichtliche Aufbereitung voranzutreiben.

Bis zur tatsächlichen Klärung ist eine Aussetzung der Vollziehung der Mietverträge und die Schaffung weiterer Klauselwerke zu unterlassen.

Allein die Bearbeitung und Neugestaltung der Mietverträge, in der derzeitigen unklaren Lage, dürfte durch Bindung der Mitarbeiter der Verwaltung, die Stadt und damit die Bürger, bereits mehr gekostet haben, als durch die Vermietungseinnahmen zu erwarten sein dürften.

Es ist im Interesse der Stadt und der Bürger, das Thema bis zur endgültigen Klärung nicht weiter zu verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

S.Hanke
SPD-Fraktion